

Herrn Dr. Matthias Miersch, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Per E-Mail

Berlin/Aachen, 03.11.2025

Sehr geehrter Herr Dr. Miersch,

als kirchliche Werke blicken wir mit großer Besorgnis auf die gravierenden Kürzungen im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie den Kahlschlag humanitärer Mittel im Etat des Auswärtigen Amtes (AA). Kurz vor Abschluss der laufenden Beratungen zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2026 bitten wir eindringlich darum, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine zuverlässige und bedarfsorientierte Mittelausstattung der internationalen Zusammenarbeit einsetzt.

Der Etat des BMZ soll gegenüber 2022 um annähernd 30 Prozent auf 9,9 Milliarden Euro abgesenkt werden - er fiele damit auf ein Zehn-Jahres-Tief. Auch die Mittel für Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland fallen auf den niedrigsten Wert seit zehn Jahren und liegen derzeit bei einer Milliarde Euro. Angesichts der massiven deutschen Kürzungen der humanitären Mittel seit 2022 in Höhe von 2 Milliarden Euro und des abrupten Rückzugs der USA als größter humanitärer Geber bricht das humanitäre Hilfssystem vor unseren Augen zusammen. Dies gefährdet auch geopolitisch wichtige Partnerschaften und schadet Deutschlands Interesse an einer friedlichen Welt und gemeinsamer, inklusiver Sicherheit.

Die bittere Wahrheit ist: schon die bereits beschlossenen Kürzungen kosten täglich Menschenleben. Eine Studie im Fachmagazin „The Lancet“ kommt zu dem Schluss, dass bis 2030 bis zu 14 Millionen zusätzliche Todesfälle infolge der USAID-Kürzungen drohen, darunter 4,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Laut Schätzungen von UN OCHA erhalten mindestens 235 Millionen der 300 Millionen Menschen in Not keine humanitäre Hilfe – etwa im Sudan, in der DR Congo oder im Jemen. Aufgrund der deutschen Kürzungen der vergangenen Jahre verschärft sich die Lage auch in Kontexten mit strategischen Sicherheits- und Stabilisierungsinteresse Deutschlands – etwa in Nahost und der Ukraine.

Die jüngst von mehreren UN-Organisationen vorgestellten Zahlen belegen einen Anstieg auf rund 700 Millionen Hungernde im vergangenen Jahr. Ohne eine radikale Kehrtwende werden im Jahr 2030 – so die Prognose der UN – 840 Millionen Menschen Hunger leiden. Gleicher gilt für die Armut weltweit: nach Schätzungen der Weltbank leben im Jahr 2025 831 Millionen Menschen in extremer Armut. Ähnlich wie beim Hunger konzentriert sich die Mehrheit der in extremer Armut lebenden Menschen auf Subsahara-Afrika sowie auf konfliktbetroffene und fragile Länder – Kontexte, in denen Armut auch zur Stärkung von Konflikt- oder Terrorgruppen führt wie im Sahel oder im Ost-Kongo.

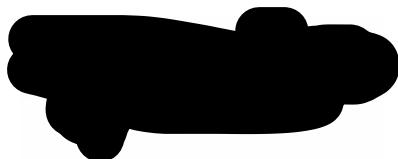
Den globalen Herausforderungen kann nur wirksam nur im Rahmen internationaler Zusammenarbeit begegnet werden. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe schaffen die Grundlage für stabile Partnerschaften in einer Welt zunehmender Systemkonkurrenz. Die kirchlichen Werke leisten dabei ihren Beitrag und sind auch in fragilen Kontexten tätig, in denen staatlicher Entwicklungszusammenarbeit und politischen Stiftungen Grenzen gesetzt sind.

Wir bitten Sie daher eindringlich, die geplanten Kürzungen für 2026 im parlamentarischen Verfahren zu überdenken und - im Sinne der internationalen Glaubwürdigkeit Deutschlands sowie unserer Verantwortung in der Welt - Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe als für Sicherheit und nachhaltigen Frieden relevante Politikbereiche zu stärken und konsequent an den tatsächlichen Bedarfen auszurichten. Nach unseren Schätzungen sind hierfür mindestens 2,5 Milliarden Euro für den Titel „Humanitäre Hilfe im Ausland“ im Etat des Auswärtigen Amts sowie mindestens 11,2 Milliarden Euro für den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erforderlich. Angesichts des erheblichen Konsolidierungsdrucks im Bundeshaushalt erscheint es darüber hinaus aus unserer Sicht sinnvoll, die zivilen Unterstützungsleistungen für die Ukraine aus den Einzelplänen 05 und 23 in den Einzelplan 60 zu überführen und von der Schuldenbremse als „Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten“ auszunehmen.

Mehr denn je trifft heute zu, was Willy Brandt in der Einleitung zum Nord-Süd-Bericht 1980 formulierte: „Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen – Krieg, Chaos, Selbstzerstörung – erfordert eine Art ‚Weltinnenpolitik‘, die über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch nationalen Grenzen weit hinausreicht.“ Angesichts von Klimakatastrophe, globaler Armut und internationalen Krisen und Konflikten sind Brandts Forderungen nach einer Weltinnenpolitik heute aktueller denn je. Den jahrzehntelangen Einsatz der SPD für die internationale Zusammenarbeit wissen wir zu schätzen – daher appellieren wir an Sie und die SPD-Bundestagsfraktion, sich für ihre zuverlässige und bedarfsoorientierte Mittelausstattung einzusetzen.

Gerade jetzt ist es wichtig, sich solidarisch zu zeigen und Deutschlands Verantwortung in der Welt gerecht zu werden – und die Kürzungen für die internationale Zusammenarbeit zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dagmar Pruin
Präsidentin
Brot für die Welt und
Diakonie Katastrophenhilfe



Dr. Oliver Müller
Vorstand Internationales
Deutscher Caritasverband,
Leiter Caritas international



Dr. Andreas Frick
Hauptgeschäftsführer
Misereor